



Ein dramatischer Anstieg der Zölle hat die jahrzehntelangen Handelsbeziehungen zwischen den USA und China schwer erschüttert. Was einst als wirtschaftliche Partnerschaft mit gegenseitigem Nutzen begann, droht nun in einem massiven Bruch zu enden – mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft. Viele Ökonomen warnen, dass die wahren Auswirkungen dieses Zerwürfnisses erst in den kommenden Wochen spürbar werden.

US-Präsident Donald Trump erklärte, dass er die Zölle auf chinesische Waren insgesamt um 145 Prozent erhöht habe – ein klares Signal dafür, dass die Spannungen zwischen Washington und Peking weiter eskalieren. In den letzten zwei Monaten hat sich der Zollstreit rasant verschärft.

Der Aktienindex S&P 500 brach gestern wieder um 3,5 Prozent ein – ein deutliches Zeichen dafür, dass Anleger zunehmend beunruhigt sind über den Verlauf des Handelskriegs und die möglichen Auswirkungen der US-Zollpolitik. Auch Staatsanleihen wurden verkauft, die Ölpreise gaben nach, und Technologiewerte wie Apple und Nvidia verloren spürbar an Wert.

„Wir steuern auf eine monumentale Katastrophe zu“, kommentierte Orville Schell, Direktor des Center on U.S.-China Relations an der Asia Society in New York.

Nuklearverhandlungen mit dem Iran: Was steht auf dem Spiel?

Währenddessen bereiten sich die USA und der Iran auf brisante Gespräche in Oman vor – es geht um ein neues Nuklearabkommen. Auf den ersten Blick wirkt Teheran geschwächt: Israel hat einen Großteil der Luftabwehrsysteme zerstört, die Irans Atomwaffenanlagen schützen, und gleichzeitig den Einfluss von Hamas und Hisbollah stark eingeschränkt.

Doch gleichzeitig ist der Iran dem Bau einer eigenen Atombombe heute näher als je zuvor seit dem letzten Abkommen von 2015 – das Trump 2018 einseitig aufkündigte.

Was wollen beide Seiten erreichen?

Für den Iran geht es ums Überleben: Die Wirtschaft liegt am Boden, die internationalen Sanktionen wirken erdrückend. Der Druck, eine diplomatische Lösung zu finden, ist enorm.



Für die USA wiederum stellt die fortschreitende Urananreicherung durch den Iran eine rote Linie dar – besonders die Möglichkeit, kurzfristig atomwaffenfähiges Material herzustellen, ist inakzeptabel.

Würde der Iran zustimmen, seine Nuklearanlagen zu demontieren?

Das scheint von vornherein ausgeschlossen – ein echter Dealbreaker. Unklar ist auch, ob dies wirklich Trumps zentrales Ziel ist. Er betont, dass der Iran keine Atomwaffen besitzen dürfe – aus Sicht Teherans ließe sich dieses Ziel auch mit transparenter Überwachung und einer Begrenzung der Urananreicherung erreichen.

Geheimgespräche mit Hamas: USA verhandeln über letzte amerikanische Geisel

In einem bemerkenswerten Bruch mit früherer US-Politik haben Vertreter der Trump-Regierung in Katar gleich dreimal mit hochrangigen Hamas-Funktionären gesprochen. Ziel der geheimen Treffen: die Freilassung von Edan Alexander – des letzten noch lebenden amerikanisch-israelischen Geisels in Gaza.

Doch das Ringen blieb ergebnislos. Zwischen israelischem Widerstand, zögerlichem Verhalten der Hamas und einem unklaren Kurs der Trump-Regierung kam kein Abkommen zustande. Insider berichteten, dass trotz mehrfacher Anläufe keine Einigung erzielt werden konnte.

Weitere Schlagzeilen

Israel: Hunderte Reservisten der Luftwaffe fordern von der Regierung, einem Deal mit der Hamas zur Rückführung der Geiseln zuzustimmen – selbst wenn dies ein Ende des Kriegs in Gaza bedeuten würde.

Türkei und Israel: Beide Länder haben Gespräche aufgenommen, um militärische



Zwischenfälle in Syrien zu vermeiden. Die Spannungen sind durch den israelischen Militäreinsatz und das zunehmende Ringen um Einfluss deutlich gewachsen.

Russland: Eine US-Bürgerin, die wegen Hochverrats zu 12 Jahren Haft verurteilt wurde – nachdem sie 50 Dollar an eine Hilfsorganisation gespendet hatte –, wurde im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen.

New York: Bei einem Hubschrauberabsturz in den Hudson River kamen sechs Menschen ums Leben, darunter eine Familie aus Spanien.

Dominikanische Republik: Die Suche nach Opfern des Dacheinsturzes im Nachtclub „Jet Set“ wurde eingestellt. Die Behörden bestätigten 221 Todesopfer.

US-Supreme Court: Das Gericht hat angeordnet, dass ein zu Unrecht abgeschobener Salvadorianer in die USA zurückgeholt werden muss – er war in einem berüchtigten Gefängnis in El Salvador gelandet.

Ukraine: Ein Jugendlicher wird wegen Terrorverdachts angeklagt – er soll ein IKEA-Geschäft in Litauen angezündet haben. Seine Radikalisierung wird mit russischer Propaganda in Verbindung gebracht.

Ölmarkt: Der starke Preisverfall setzt Russlands Staatshaushalt unter Druck – mögliche Folgen sind Kürzungen bei der Kriegsfinanzierung in der Ukraine.

Somalia: Nach jüngsten Erfolgen islamistischer Aufständischer mehren sich in der Trump-Regierung Stimmen, die US-Botschaft zu schließen – andere fordern hingegen, die militärische Präsenz zu verstärken.

Von Catherine H.